

Der Arbeiter

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis für
beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro Monat
(davon 57 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus
zahlbar. Postbezugs 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren
und 72 Pf. Postbescheinigungen.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenspreis: Die einseitige Quadratzeile 30 Pf.
Reklamzeile 2.— M. Ermäßigungen nach Tarif. Postfachkonto:
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 036. — Der Verlag
behält sich das Recht der Nichtung nicht geordneter Anzeigen vor!
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhof (A 7) 292—297.

Das Reich als Bankier

Riesenbeteiligung des Reiches an schwankenden Banken

Bei Wiederbeginn der Beratungen des Haushaltsaus-
schusses des Reichstags sind die Deutschnationalen auf ihren
Plätzen, die Nationalsozialisten „vernichten“ die Republik auf ihre
„bewährte Art“, sie beteiligen sich nicht an der tatsächlichen
Arbeit.

Die Sitzung des Haushaltsausschusses führt sehr rasch nach
Erledigung verschiedener Kleinigkeiten zu einem entscheidenden
Diskussionspunkt. Es handelt sich um die

**sozialdemokratische Anfrage, was die Regierung mit
der ihr wider Willen zugefallenen Bankenmacht zu
tun gedenkt.**

Der Bankenkommisär des Reiches eröffnet die Debatte,
er macht nur allgemeine Randbemerkungen, sie genügen nicht, der
Reichsfinanzminister will selbst Erklärungen abgeben. Der Aus-
schuß verzagt sich auf kurze Zeit. Minister Dietrich kommt dann
und erklärt etwa:

Beschlüsse können nicht nur über Danabank und Dresdner Bank
gefaßt werden. Das Bankenproblem muß aber in der Ge-
samtheit gesehen werden. Dessenhalb kann man über den tat-
sächlichen Umfang der Krankheit und die notwendig gewesene Reichs-
hilfe überhaupt nicht reden, dazu sind die notwendigen Unterstellungen
zu weitreichend. Wir leiden in Deutschland unter einer künst-
lichen Uebergrößerung der Banken. Es sind schon die ver-
schiedensten Pläne für Reform und Gesundung beraten worden.
Eine Entscheidung wird in den nächsten Tagen und Wochen
durch die Entwicklung erzwungen. Mit der Zusammenlegung ver-
schiedener Banken hat das nichts mehr zu tun. Die Reichsregie-
rung ist der Meinung, daß es richtig sei, den Einfluß des Reiches
auf die Banken so bald als möglich wieder abzubauen. Das ist
die Tendenz der Regierung.

Der Redner der Sozialdemokratie, Abg. Hilferding, greift
die grundsätzlichen Bemerkungen des Reichsfinanzministers auf und
führt sie in positivem Sinne weiter:

Das Reich verfügt heute von sich aus über einen erheblichen
Teil des deutschen Kreditwesens, rund

60 Proz. des Kreditapparates sind heute öffentlich kontrolliert.

Das ist ohne Zutun und ohne den Willen des Reiches geworden.
Diese Entwicklung hat niemand vorausgesehen, aber beim ersten
Schritt sei die Regierung frei gewesen, das weitere entwickelte sich
zwingend. Die Regierung konnte gar nicht anders als mit den
Mitteln des Reiches helfen. Sie kann deswegen auch nichts anderes
tun als eine gewisse Kontrolle über die unterstützten Institu-
tionen ausüben. Das ist ein Entwicklungsprozeß, der nicht rück-
gängig gemacht werden kann. Der jetzige Schwerezustand ist uner-
träglich. Er führt dazu, daß das Reich zuletzt auf den Verlusten
der von ihm gestützten Privatbanken sitzen bleibt, das Richtige
wäre, das ganze Verhältnis zwischen Banken und Industrie neu zu
gestalten, etwa durch eine Trennung zwischen reinen Finanzierungs-
banken und Kreditinstituten. Dabei könnte so verfahren werden,
daß das Reich zuerst die Depositenbanken in der Hand behält, und
das industrielle Finanzierungsgeschäft davon trennt. Es müßten
grundsätzliche Lösungen im Sinne der Weiterentwicklung gesucht
werden.

Der staatsparteiliche Abgeordnete Stolper meint, daß die
Schwierigkeiten wie in Deutschland auch in anderen Ländern vor-
handen seien und dort sich schon erwiesen habe, daß bestimmte
Methoden der Staatshilfe unbrauchbar seien. Der Faschismus z. B.
habe geglaubt, niedrige Börsenkurse nicht ertragen zu können, des-
wegen sei durch eine besondere Bankgründung mit Regie-
rungsmitteln die Hochhaltung der Kurse durchgeführt worden.
Heute sage die italienische Regierung auf den Aktien-
papieren, die sie nicht los werden könne und müsse außerdem noch
für die von ihr beherrschte Industrie die Finanzierungsfragen
tragen.

Stolper ist für klare Einzellösungen bei den Banken, an denen
heute das Reich wider Willen engagiert ist, lehnt also allgemeine
Dauerlösungen durch den Staat ab. Heute seien viele zu
pessimistisch, wenn erst die Börsenkurse wieder einmal sechs Wochen
im Steigen seien, dann würde vieles von heute völlig vergessen sein.

Der Reichsfinanzminister erklärte schließlich sein
Eindeutiges Einverständnis mit dem Hilferding'schen Vorschlag, in
einem vertraulichen Unterausschuß des Haushaltsaus-
schusses eingehende Auskünfte über die Hilfsmöglichkeiten
des Reiches gegenüber Industrie und Banken und über
die allgemeinen Pläne des Reiches geben zu wollen.
Der Ausschuß wurde eingeleitet.

Zwei Opfer der Mordpest.

Nächtliche Schlacht in Reinickendorf zwischen Nazis und Kommunisten.

In der Laubkolonie Felsened in Reinickendorf-Ost, Am Schönholzer Weg, kam es heute früh
kurz vor 1 Uhr zu einer schweren Schießerei
zwischen Nationalsozialisten und Kommu-
nisten. Bisher sind zwei Tote, ein Schwer- und
sechs Leichtverletzte zu verzeichnen. Bei den
Toten handelt es sich um den 60jährigen Professor und
Kunstmalers Ernst Schwarz aus der Burgfrauenstr. 15
zu Frohnau, der der Nationalsozialistischen Partei ange-
gehört, und um den 50 Jahre alten Arbeiter Fritz
Klemke aus der Kolonie Felsened, Laube 20, der der
KPD angehört. Der Kunstmalers wurde durch einen
Reißerisch in die Herzgegend, der Arbeiter Klemke durch
Brust- und Kopfschuß getötet.

Die politische Polizei und die Mordkommission weilen
zur Klärung des Tatbestandes an Ort und Stelle. Bisher
wurden etwa 50 Verhaftungen vorgenommen. Die
Verletzten wurden nach ihrer Vernehmung dem Kranken-
haus Reinickendorf zugeführt.

Die ersten Ermittlungen.

Die blutige Schießerei in der Reinickendorfer Laubkolonie
„Felsened“ ist zur Zeit Gegenstand der polizeilichen Unter-
suchung. Bereits in der Nacht hatten zahlreiche Beamte an Ort
und Stelle die ersten Ermittlungen aufgenommen, im Polizeiprä-
sidium wurde heute vormittag die Vernehmung der
festgenommenen 49 Hakenkreuzler und der
12 Laubkolonisten fortgesetzt. Bei den Kolonisten handelt
es sich zum Teil um Kommunisten. Die an der Schießerei und
Schlagerei Beteiligten beschuldigen sich gegenseitig, den Anfang
gemacht zu haben.

Die Vorgänge haben sich nach den bisherigen Feststellungen
etwa so abgespielt: Die Nationalsozialisten veranstalteten
gestern abend in Waldmannsflust eine Kundgebung,
zu der SA-Trupps aus der ganzen Umgebung herangezogen
worden waren.

Nach Schluß der Veranstaltung zogen etwa 200 Hakenkreuzler
in losem Trupps nach Reinickendorf-Ost.

Sechs Polizeibeamte begleiteten die Nationalsozialisten, da
man offenbar mit Zwischenfällen gerechnet hatte. Trotz des polizeilichen
Begleitkommandos kam es dann in der Laubkolonie zu der
verhängnisvollen Schießerei.

Es scheint sonderbar, daß die nationalsozialistischen Trupps
ihren Rückweg ausgerechnet durch Laubengelände nehmen mußten,
von dem in der ganzen Gegend bekannt ist, daß die dort wohnenden
Siedler zum großen Teil Kommunisten sind. Die Hakenkreuzler
wollten zweifellos provozieren, denn sonst hätten sie sehr
wohl einen anderen Weg wählen können. In den dunklen Laub-
gängen mußten die Polizeibeamten den Ueberblick über den
nationalsozialistischen Trupp verlieren, so daß selbst die Beamten
nicht mit Sicherheit behaupten können, wer die ersten
Schüsse abgefeuert hat.

Der Kampf im Dunkeln.

Blötzlich trachten mehrere Schüsse — die Nazis behaupten,
sie seien aus dem Hinterhalt abgegeben worden — und im Augen-

Politische Funktionärinnen - Versammlung

Freitag, den 22. Januar, 19 1/2 Uhr, in den
Musiker-Festsaal, großer Saal, Kaiser-
Wilhelm-Straße. Tagesordnung:

1. Was können die Hausfrauen für den Preisabbau tun?
2. Diskussion. 3. Aufstellung des Wahlvorschlages der
Frauen für den Bezirksvorstand. — Der Referent wird
morgen bekanntgegeben.

Die Zollkampf-Berordnung.

Ausgleichszuschläge gegen Valuta-Dumping.

Amlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten
über außerordentliche Zollmaßnahmen mitgeteilt:
Auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird
folgendes verordnet:

Artikel 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, im
Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses 1. bei der Ein-
fuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung
unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne
Waren oder Warengruppen Ausgleichszuschläge zu erheben,
2. für Waren, die aus einem Lande stammen, mit welchem das
Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen
Verhältnis steht oder welches die deutschen Waren ungünstiger
behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zoll-
sätze festzusetzen. Von der Erhebung der erhöhten Zollsätze kann
bis zur Dauer von höchstens 6 Monaten Abstand genommen werden,
wenn mit diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen schweben
oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren
von der Anwendung der erhöhten Zollsätze ganz oder teilweise ab-
sehen.

Artikel 2. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkün-
dung in Kraft.

Berlin, den 18. Januar 1932.

Der Reichspräsident,
gez. von Hindenburg.
Der Reichsminister,
gez. Dr. Brüning.

Der Uebergang Englands zur Schutzollpolitik und die Ver-
wirrung in den Währungsverhältnissen zeitigt Gegenmaßnahmen.
Die Lösung der Weltwirtschaftskrise wird auf diese Weise immer
schwieriger.

klid war eine regelrechte Schlacht Mann gegen Mann im Gange.
Mit Dolchen, Faustschlägern und Faustläuten schlugen die Gegner auf-
einander ein, dazwischen ertönten unausgesetzt Pistolenschüsse.
Zwei Polizeibeamte, die in der Dunkelheit ihre Dienstwaffen nicht
ziehen konnten, gerieten in das Handgemenge. Polizeiwachmeister
Hellwig wurde mit einem Baumstamm niedergeschlagen
und so schwer verletzt, daß er später ins Staatskrankenhaus gebracht
werden mußte. Der zweite Beamte erlitt leichtere Kopfver-
letzungen. Zwei Tote blieben auf dem nächtlichen Kampfplatz.
Der 29 Jahre alte kommunistische Arbeiter Fritz Klemke aus
der Kolonie „Felsened“ wurde von zwei Kugeln in den Kopf
und in die Brust getroffen. Er brach sofort tot zusammen.
Von den Hakenkreuzlern wurde der 49jährige Kunstmalers Ernst
Schwarz aus Frohnau, Burgfrauenstr. 15, durch einen Reißer-
isch niedergestreckt. Er starb auf dem Transport ins
Krankenhaus. Zwei weitere Nationalsozialisten, der
21 Jahre alte Bernhard Wittkowski aus Neu-Heiligensee und
der 31 Jahre alte Angestellte Mandalar aus Hermsdorf erlitten
leichte Verletzungen durch Schläge.

Die Polizeibeamten hatten inzwischen durch Beamte des zu-
ständigen Reviers Verstärkung erhalten und das ganze Laub-
gelände wurde umstellt. Auch das Polizeipräsidium war von
der blutigen Schlacht im Laubengelände sofort in Kenntnis gesetzt
worden und ein ganzer Stab von Beamten der Politischen Polizei
begab sich unverzüglich nach Reinickendorf. Leider war es in der
abgelegenen und völlig dunklen Kolonie nicht möglich, alle an der
Schießerei Beteiligten zu fassen. Die Mehrzahl der Nazis, unter
denen sich verschiedene Burschen mit Schusswaffen befanden
haben müssen, setzte über die Zäune hinweg und flüchtete. In-
gesamt konnten von dem 200 Mann starken Trupp der Nazis nur
noch 49 Mann festgestellt werden. Von den Beamten der Poli-
tischen Polizei wurden zum Teil aus ihren Lauben heraus 12 Kolo-
nisten festgenommen, die im Verdacht stehen, an dem Kampf teil-
genommen zu haben. Auf Lastwagen wurden die Festgenommenen
ins Polizeipräsidium transportiert.

